

Beteiligung darf nicht zufällig bleiben

Weitere Factsheets dieser Reihe

- Schule unter Druck
- Familie unter Druck
- Aufwachsen unter Druck

Dieses Factsheet basiert auf der Analyse **Beteiligung als soziale Frage. Eine sozialisationstheoretische Bestandsaufnahme zu Familie, Schule und Partizipieren junger Menschen in Deutschland.**

Eine Lang- und Kurzfassung dieser Analyse sowie alle genutzten Quellen finden sich unter



starkimland.de/beteiligung-als-soziale-frage

Wenn junge Menschen Mitsprache als reale Wirksamkeit erfahren sollen, müssen Rechte, Verfahren und demokratische Infrastruktur zusammenwirken. Sonst bleibt Beteiligung folgenarm, sozial selektiv und vom Wohnort abhängig.

1. Politische Repräsentation und Rechte stärken

Eine einheitliche Absenkung des Wahlalters auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene auf mindestens 16 Jahre, ergänzende Repräsentationsformen wie Jugendquoten und Zukunftsräte sowie eine stärkere institutionelle Verankerung jugendpolitischer Anliegen machen Beteiligung früher und verbindlicher erfahrbar.

2. Beteiligung rechtlich absichern und verbindlich machen

Vorhandene gesetzliche Grundlagen für Beteiligung müssen durch verbindliche Rückmeldepflichten, klare Zuständigkeiten und Jugendbudgets qualitativ und wirksam ausgestaltet werden, damit junge Menschen nachvollziehen können, was ihre Mitsprache tatsächlich verändert.

3. Demokratische Alltagsräume sichern

Dauerhaft finanzierte Kinder- und Jugendarbeit, Jugendtreffs, Bibliotheken, Vereine, Dritte Orte und nutzbar gemachte Leerstände schaffen alltagsnahe Erfahrungsräume, in denen Aushandlung, Zugehörigkeit und Selbstwirksamkeit praktisch gelernt werden können.

4. Zugänge, Mobilität und Demokratiebildung ausbauen

Gute Teilhabe muss deshalb Erreichbarkeit, niedrigrschwellige Zugänge, ÖPNV und Demokratiebildung entlang der gesamten Bildungskette mitdenken, damit Beteiligung nicht an Distanz, Unsicherheit oder fehlender Erfahrung scheitert.

5. Ressourcen raumsensibel und soziallagenbezogen steuern

Ausreichende Mittel müssen nach Soziallage und Region gezielt dorthin gelenkt werden, wo dünne Netze, geringe Angebotsdichte und soziale Benachteiligung zusammenkommen.

6. Wirksamkeit systematisch beobachten: Beteiligung darf nicht nur angeboten werden

Es muss sichtbar werden, wer erreicht wird, wer außen vor bleibt und ob Mitsprache tatsächlich Folgen hat. Ein raumsensibles Monitoring bildet dafür die Grundlage.

Wirksame Jugendbeteiligung ist eine demokratische Notwendigkeit. Sie stärkt Anerkennung, Selbstwirksamkeit, Verantwortungsgefühl und Bereitschaft zum Engagement – und verringert das Risiko, dass Ohnmacht, Distanz und (extrem) rechte Ersatzangebote die Lücke füllen.

Warum Beteiligung oft symbolisch bleibt statt wirksam wird

Junge Menschen sind in Beteiligungsfragen doppelt marginalisiert. In einer alternden Gesellschaft sind sie zahlenmäßig weniger als ältere Generationen. Zugleich sind sie politisch schwächer repräsentiert. Wer in Parlamenten, Parteien und anderen politischen Arenen Entscheidungen trifft, ist oft deutlich älter als diejenigen, über deren Zukunft entschieden wird. Hinzu kommt ein föderaler Flickenteppich beim Wahlrecht auf Landes- und Kommunalebene sowie bei Beteiligungsmöglichkeiten. Das schwächt politische Gleichheit bereits im Zugang.¹

Diese Schiefelage bleibt nicht abstrakt. Junge Menschen werden von politischen Entscheider:innen häufig zu Verantwortung, Gemeinsinn und Zukunftsorientierung aufgerufen, aber seltener als eigenständige politische Subjekte ernsthaft einbezogen. Sie sollen mittragen, ohne verlässlich mitentscheiden zu können. So werden sie leicht zu passiven Empfänger:innen politischer Entscheidungen. Beteiligung wird angekündigt, abgefragt oder symbolisch eröffnet, bleibt aber oft ohne erkennbare Folgen und so nur Scheinbeteiligung.²

¹ vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 127 f.; Roth 2023: 22–24, 29–30; Statista 2025b; Scheuermann 2025; Eichhorn & Hübner 2023: 9–11; BMBFSFJ 2025b: 32, 60, 77–85

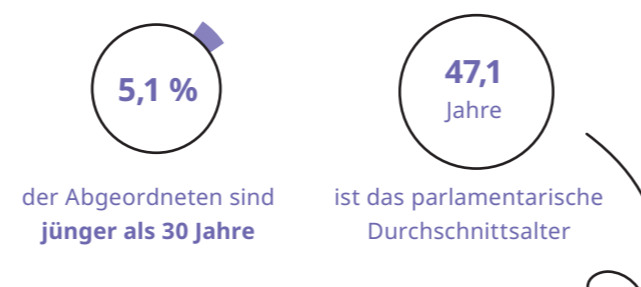
² vgl. BMBFSFJ 2025b: 6, 77–85, 89, 93; Hurrelmann 2002; El-Mafaalani, Kurtenbach & Strohmeier 2025: 208–211; Roth 2023: 29–30

³ vgl. BMBFSFJ 2025b: 77–85, 89, 93; Rottach et al. 2025: 6 f.; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 13, 271; Calmbach et al. 2024: 304 f.; DJJ 2024e: 9, 12

Darin liegt die soziale Frage der Beteiligung. Das Problem ist nicht fehlendes Interesse der jungen Menschen. Das Problem sind Machtverhältnisse, ungleiche Zugänge und Verfahren, die reale Wirksamkeit zu oft verhindern. Wo Mitsprache nicht zu Rückmeldung, Anerkennung und sichtbaren Folgen führt, wird Beteiligung als symbolisch erlebt. Genau diese Erfahrung beschädigt das Vertrauen junger Menschen und erschwert ihre Wirksamkeitserfahrungen.³

Alter im 21. Deutschen Bundestag

vgl. Statista 2025b; Roth 2023: 23



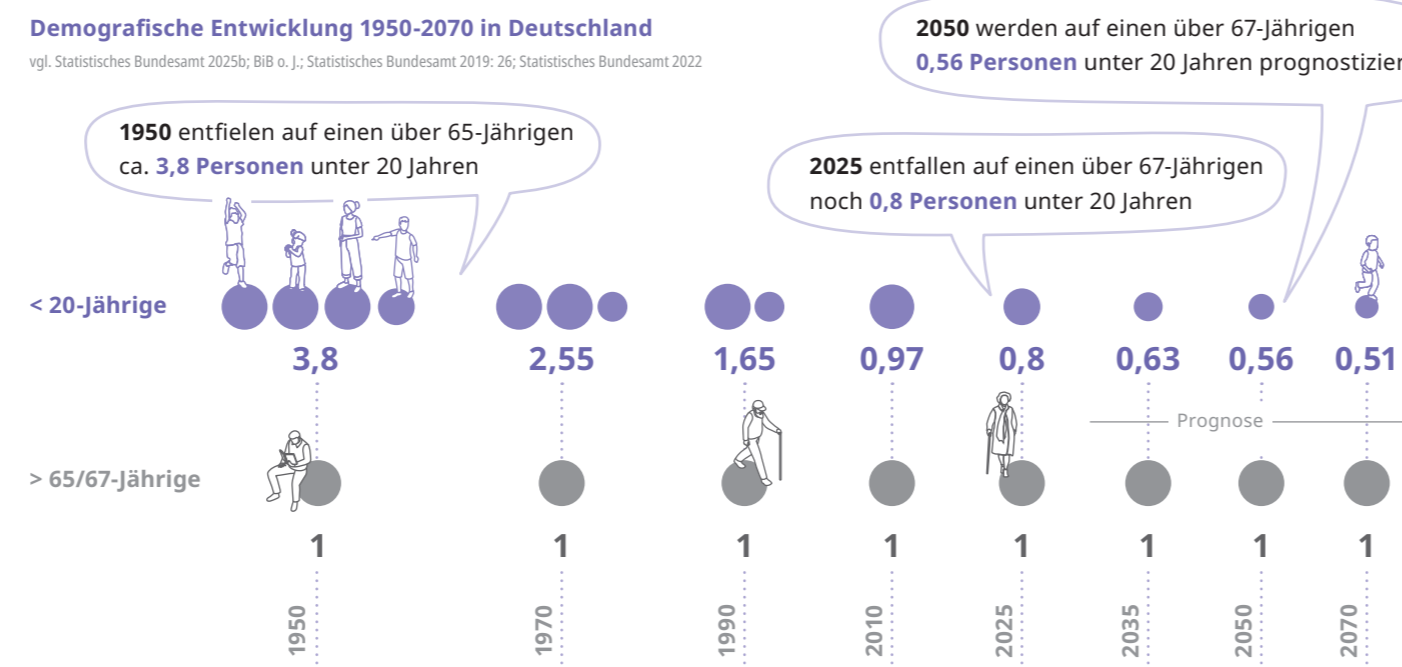
Durchschnittsalter der Mitglieder politischer Parteien (2025)

vgl. Statista 2024a; Scheuermann 2025



Demografische Entwicklung 1950-2070 in Deutschland

vgl. Statistisches Bundesamt 2025b; Bißl o. J.; Statistisches Bundesamt 2019; 26; Statistisches Bundesamt 2022



	Kommunalwahl	Landtagswahl
Baden-Württemberg	16	16
Bayern	18	18
Berlin	16 *	16
Brandenburg	16	16
Bremen	16	16
Hamburg	16 **	16
Hessen	18	18
Mecklenburg-Vorpommern	16	16
Niedersachsen	16	18
Nordrhein-Westfalen	16	16 ***
Rheinland-Pfalz	18	18
Saarland	18	18
Sachsen	18	18
Sachsen-Anhalt	16	18
Schleswig-Holstein	16	16
Thüringen	16	18

* In Berlin wird die Bezirksverordnetenversammlung gewählt

** In Hamburg werden Bürgerschaftswahlen abgehalten

*** Gilt erstmalig für die Landtagswahl 2027

Wahlalter nach Bundesland und Wahlart. Für die Bundestagswahl gilt flächendeckend 18 Jahre. vgl. Statista 2025a; Eichhorn & Hübner 2023: 4; Roth 2023: 3, 6

Positive Effekte durch Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre

- Steigerung der Gesamtwahlbeteiligung in der Bevölkerung um 5 % bis 6 %
- Erhöhtes politisches Interesse bei 16- und 17-Jährigen, entsprechend dem Niveau 22- bis 25-Jähriger
- Deutlich höhere Wahlbeteiligung der jüngsten Wählergruppe im Vergleich zu 18- bis 24-Jährigen
- Stärkung selbstständiger politischer Meinungsbildung junger Menschen infolge stärkerer Auseinandersetzung ohne größere Beeinflussung durch Dritte
- Verringerung sozialer Ungleichheit in der politischen Beteiligung
- Nachhaltige Etablierung erhöhter Beteiligung

vgl. Eichhorn & Hübner 2023: 9–11

Warum Partizipieren eine besonders verletzliche Entwicklungsaufgabe ist

Beteiligung ist keine pädagogische Zugabe. Sie gehört zum Aufwachsen selbst und betrifft die Entwicklungsaufgabe des Partizipierens. Junge Menschen müssen lernen, ihre Interessen öffentlich zu artikulieren, Konflikte auszuhandeln und Gesellschaft wirksam mitzugestalten. Diese Aufgabe verbindet persönliche Orientierung mit gesellschaftlicher Zugehörigkeit.⁴

Gerade deshalb ist sie so verletzlich. Beteiligung erschöpft sich nicht in Meinung, Haltung oder Bereitschaft zu Engagement. Sie braucht öffentliche und geschützte Räume, verlässliche und verständliche demokratische Verfahren und die Erfahrung, ernst genommen zu werden. Erst wo Mitsprache auf Responsivität trifft, kann sie als reale Wirksamkeit erlebt werden.⁵

Wo das gelingt, entstehen Anerkennung, Zugehörigkeit, Vertrauen und Selbstwirksamkeit. Junge Menschen erleben dann, dass ihre Stimme zählt, dass Verfahren belastbar sind und dass ihre Beteiligung Wirkung erzielt. Wo diese Erfahrungen dagegen ausbleiben, wachsen Ohnmacht, Rückzug und Distanz. Beteiligung ist deshalb eine demokratische Notwendigkeit und eine essenzielle Bedingung gelingender Sozialisation.⁶

Bleibt Beteiligung dauerhaft ohne Folgen, entsteht eine riskante Leerstelle. Dann können rechte Narrative, die Zugehörigkeit, klare Identität und scheinbare Handlungsfähigkeit versprechen leichter verfangen. Auch deshalb muss Beteiligung als reale Wirksamkeit erfahrbar werden – öffentlich, verlässlich und mit sichtbaren Folgen.⁷

⁴ vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 106–109; Quenzel & Hurrelmann 2022: 26 f., 31 f., 97, 180

⁵ vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 106–109; BMBFSFJ 2025b: 6, 77–85, 89, 93; Jugendteilhabeatlas 2025: 68–72; BMBFSFJ 2024b: 490, 504

⁶ vgl. BMBFSFJ 2025b: 77–85, 89, 93; Rottach et al. 2025: 6 f.; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 13, 271; DJJ 2024e: 9, 12; Hurrelmann & Bauer 2018: 106–109

⁷ vgl. Allroggen et al. 2020: 34–37; Keil 2020: 38, 40; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 72–75; Hurrelmann & Bauer 2018: 106–109; BMBFSFJ 2025b: 77–85, 89, 93

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung

DKJS

FACTSHEET

Partizipieren als Entwicklungsaufgabe Beteiligung als soziale Frage

Partizipieren ist eine bedeutende Entwicklungsaufgabe.

Junge Menschen entwickeln dabei ein Werte- und Normengerüst sowie relevante Demokratiekompetenzen. Sie erfahren, ob ihre Stimme zählt, wie zuverlässig politische Verfahren sind und ob Beteiligung spürbare Folgen hat.

Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf Beteiligung,

dieses ist in zahlreichen Gesetzen und Verordnungen verankert. Neben dem rechtlichen Aspekt spielt die Erfahrung von Beteiligung und Partizipation auch eine zentrale Rolle für die Entwicklung junger Menschen.

Dieses Factsheet zeigt, warum Beteiligung auch eine soziale Frage ist – und wie verletzlich die Entwicklungsaufgabe des Partizipierens.

Ob junge Menschen Anerkennung, Rückmeldung und reale Wirksamkeit erfahren, hängt stark von politischen Rechten und Verfahren, von verfügbaren Orten, Mobilität, Fachkräften sowie dem Wohnort, familiären Ressourcen und schulischen Bedingungen ab. Partizipieren ist dabei kein nettes Extra, sondern eine zentrale Entwicklungsaufgabe demokratischer Sozialisation.

Teil der Factsheet-Reihe Beteiligung als soziale Frage.

Die Reihe verdichtet die gleichnamige DKJS-Analyse zum Aufwachsen junger Menschen in Deutschland in vier Zugänge: Familie, Schule, Partizipieren und übergreifende Synthese.

Impressum

Herausgeberin: Deutsche Kinder- und Jugendstiftung GmbH, vertreten durch die Geschäftsführung: Anne Rolvering (Vorsitz), Frank Hintze, Tempelhofer Ufer 11, 10963 Berlin Tel. +49 (0)30 – 25 76 76 – 0 | info[at]dkjs.de | www.dkjs.de Autor: Alexander von Ende | Redaktion: Peggy Eckert, Anika Popella, Paula Voigt, Lena Fiedler | Grafik & Layout: Sarah Haßheider | Redaktionsschluss Oktober 2025

1. Auflage 2026

Diese Publikation wurde von der Deutschen Kinder und Jugendstiftung im Rahmen des Programmverbundes Stark im Land angefertigt, gefördert durch das Sächsische Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Soziallotterie freihait+.

Diese Maßnahme wird mitfinanziert mit Steuermitteln auf Grundlage des vom Sächsischen Landtag beschlossenen Haushaltes.



freiheit+

Wo Beteiligung erlernt und erfahren wird

Beteiligung beginnt nicht erst in Parlamenten oder bei Wahlen. Sie entsteht in den alltäglichen Kontexten des Aufwachsens: in Familien, in der Kita, in der Schule, in der Kinder- und Jugendarbeit und an anderen Orten, an denen junge Menschen mitreden, aushandeln und Entscheidungen mitprägen können. Beteiligungsmöglichkeiten sind jedoch häufig vom Zufall abhängig. Hierfür braucht es flächendeckende und verlässliche Partizipationsmöglichkeiten auf allen Ebenen.⁸

In Familien können Kinder und Jugendliche frühe Mitsprache erfahren. Häufig bleibt diese Mitbestimmung jedoch auf alltagsnahe Themen begrenzt, die Erwachsene vorgeben. Zugleich wünschen sich viele junge Menschen mehr Mitgestaltung; besonders deutlich zeigt sich dies bei Mädchen und jungen Frauen. Wo Mitsprache, Gesprächskultur und Aushandlung ernst genommen werden, wächst politisches Interesse. Auch diese Erfahrungen sind jedoch sozial ungleich verteilt.⁹

Junge Menschen wünschen sich mehr Mitbestimmung; besonders Mädchen und junge Frauen.

vgl. Albert, Quenzel & de Moll 2024: 200

Kinder und Jugendliche, die in ihrer Familie mitbestimmen können, zeigen ein höheres politisches Interesse – entscheidend ist dabei die innerfamiliäre Aushandlungs- und Gesprächskultur.

vgl. Haug 2025: 383-388

8 vgl. Hurrelmann & Bauer 2018: 106–109; BMFSFJ 2025b: 77–85, 89, 93; BMFSFJ 2024b: 363, 366; Jugendteilhabeatlas 2025: 68–72

9 vgl. Albert, Quenzel & de Moll 2024: 200; Haug 2025: 383–388; BMFSFJ 2025b: 77 f.; Hurrelmann & Bauer 2018: 144 f.

10 vgl. BMFSFJ 2025b: 78–85, 89, 93; BMFSFJ 2024b: 186; Calmbach et al. 2024: 244–251; Steinhauer et al. 2025: 49–54, 64

11 vgl. BMFSFJ 2025b: 79; BMFSFJ 2024b: 363, 366, 490, 504; Jugendteilhabeatlas 2025: 68–72; Manthe 2024: 8–13



Gelebte Beteiligung im Schulalltag erhöht Schulzufriedenheit und Wohlbefinden der Schüler:innen.

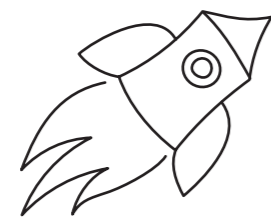
vgl. Calmbach et al. 2024: 248

Kita und Schule können Beteiligung stärken, aber sie tun es nicht automatisch. Ob junge Menschen dort Mitbestimmung als wirksam erleben, hängt davon ab, ob Verfahren klar sind, Rückmeldungen erfolgen und Entscheidungen nicht folgenlos bleiben. Gerade in Schule bleibt Mitwirkung häufig formal, punktuell oder kaum entscheidungsrelevant. Hier liegt ein großes Potenzial, damit junge Menschen im Alltag Beteiligung erfahren können.¹⁰

Besonders wichtig ist deshalb die Kinder- und Jugendarbeit. Sie bietet jungen Menschen als eigenständiger Bereich Räume, die sie aktiv mitgestalten können. Hier lassen sich Interessen erproben, Regeln aushandeln und Entscheidungen praktisch erleben. Gerade weil dieser Bereich niedrigschwelliger ist als viele andere Kontexte, erreicht er auch junge Menschen, die sonst seltener wirksame Beteiligung erfahren. Beteiligung entsteht aber auch hier nicht von selbst. Sie braucht verlässliche Orte, Fachkräfte und eine dauerhafte finanzielle Absicherung.¹¹

Wer also Engagement schon in jungen Jahren entwickelt und interesselgeleitete Selbstwirksamkeit erleben darf, ist regelmäßig eine dauerhafte Bereicherung für das Leben in einer demokratischen Gesellschaft.

vgl. BMFSFJ 2025b: 5, 97



Was Beteiligung benötigt, um wirksam zu werden

Wirksame Beteiligung entsteht nicht im luftleeren Raum. Sie braucht Orte, die offen und Wege, die überbrückbar sind – und Erwachsene, die Beteiligung auf Augenhöhe ermöglichen. Ohne Jugendtreffs, Bibliotheken, Vereine oder andere alltagsnahe Orte fehlen mehr als nur Freizeitangebote. Es fehlen Erfahrungsräume, in denen junge Menschen Selbstorganisation, Aushandlungskompetenz und Wirksamkeit lernen können.¹²

Besonders wichtig sind soziale Orte für junge Menschen außerhalb von Familie und Schule. Sie können Schutzzräume in Krisenzeiten sein oder bei schwierigen Wohnverhältnissen Halt geben. Darüber hinaus erleben junge Menschen Beteiligung vor allem im Nahbereich als wirksam – dort, wo sie das Gefühl haben, tatsächlich etwas entscheiden zu können. Nutzbare Räume, alltagsnahe Treffpunkte wie Cafés oder Jugendzentren oder eine lebendige Nachbarschaft können zu Ansatzpunkten demokratischer Erfahrung werden. Solche Orte stiften Begegnung, Vertrauen und Zugehörigkeit.¹³

Zentral sind auch Mobilität und Fachkräfte. Wer Orte und Angebote nicht erreichen kann, kann sie nicht nutzen. Wo Räume, Mobilität und Personal nicht ausreichen, wird Beteiligung zum Privileg derer, die ohnehin mehr Ressourcen mitbringen. Umgekehrt bietet Leerstand aber auch potenzielle Freiräume – gemeinsam gestaltet können diese zu Orten neuer Selbstwirksamkeitserfahrungen werden.¹⁴

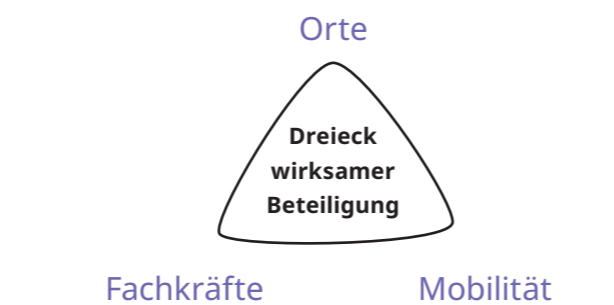
Armut schränkt Teilhabechancen direkt ein – etwa bei Vereinsbeiträgen, Fahrkosten, digitaler Ausstattung oder ruhigen Lern- und Beteiligungsräumen. Jugendliche, die in Armut aufwachsen, können die wenigen vorhandenen Angebote seltener wahrnehmen, da ihnen die Mobilität zwischen Wohnort und Angebotsorten fehlt.

vgl. Funcke & Menne 2023: 10; Der Paritätische 2025: 21; Steinhauer et al. 2025: 14–17; Jugendteilhabeatlas 2025: 54; DJJ 2024a: 56

12 vgl. BMFSFJ 2024b: 232–239, 363, 366, 490, 504; Jugendteilhabeatlas 2025: 68–72; Voigts & Blohm 2024: 9, 37 f., 77, 82, 92; Quenzel & Hurrelmann 2022: 28, 231–233

13 vgl. BMFSFJ 2024b: 123, 232–239, 493; Calmbach et al. 2024: 307; Holtmann 2020: 344; Manthe 2024: 8–13

14 vgl. Jugendteilhabeatlas 2025: 42 f., 51, 62, 71; BMFSFJ 2024b: 490, 492, 504; Voigts & Blohm 2024: 136 f., 153; Quenzel & Hurrelmann 2022: 28, 231–233



Fehlen soziale Orte, sinken Bleibe- und Beteiligungsperspektiven junger Menschen.

vgl. BMFSFJ 2024b: 504

Dritte Orte und alltagsnahe Begegnungsräume fördern Akzeptanz, Toleranz und demokratische Erfahrung.

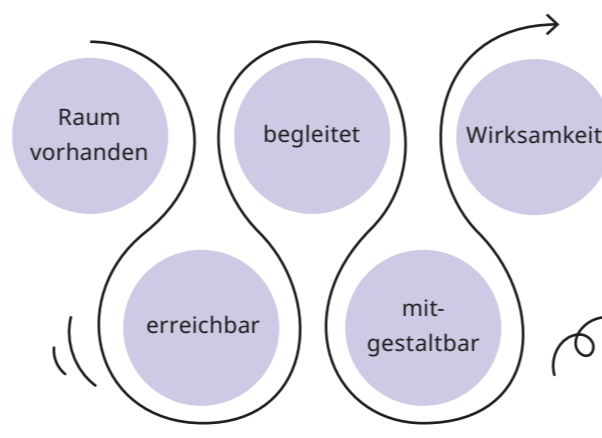
vgl. Manthe 2024: 8–13; Jugendteilhabeatlas 2025: 68–72

Wer über mehr Ressourcen wie Bildung, Einkommen und Zeit verfügt, beteiligt sich häufiger politisch. Je anspruchsvoller die Beteiligungsform ist, desto ungleicher fällt die Teilnahme aus.

vgl. Schäfer & Schoen 2013: 7 f.; Funcke & Menne 2023: 3; bpb 2024b; Steinhauer et al. 2025: 14

Junge Menschen fordern in den seltensten Fällen konkrete Angebote der Jugendarbeit ein, sondern allen voran möchten sie nutzbare Räume, in denen sie sich selbstständig beschäftigen können.

vgl. Jugendteilhabeatlas 2025: 71; 41, 68 f.



Wie junge Menschen Politik zwischen Interesse und Ohnmacht erleben

Viele junge Menschen sind politisch interessiert. Sie informieren sich, beobachten das politische Geschehen, verfolgen Debatten und wollen gesellschaftlich mitgestalten. Zugleich beschreiben viele ein großes Gefühl von Einflusslosigkeit, Distanz zu Institutionen und geringe politische Selbstwirksamkeit. Politisches Interesse trifft auf das Gefühl politischer Ohnmacht. Genau diese Spannung prägt politische Alltagserfahrungen junger Menschen heute.¹⁵

Ihr politisches Interesse ist in den letzten Jahren gewachsen. Dennoch lässt es sich nicht eins zu eins in wirksame Beteiligung übersetzen. Junge Menschen erleben Krisen, verfolgen Debatten, engagieren sich häufig punktuell und kurzfristig. Zugleich misstrauen sie politischen Verfahren, deren Reaktionsfähigkeit sie als schwach erleben. Selbst Protest wird nicht immer als wirksame politische Teilhabe erfahren, sondern auch als Ausdruck davon, dass man sonst nicht durchdringt. Diese Erfahrung ist sozial ungleich verteilt: Junge Frauen und Personen mit niedrigerer formaler Bildung erleben sich seltener als politisch wirksam. Bereits Benachteiligte stoßen somit häufiger auf zusätzliche Hürden.¹⁶

Wo demokratische Wirksamkeit dauerhaft ausbleibt, entstehen riskante Leerstellen. Dann gewinnen Angebote an Anziehungskraft, die Zugehörigkeit, klare Identität und scheinbare Handlungsfähigkeit versprechen. Extrem rechte Pseudobeteiligung füllt diese Lücke, indem sie Ohnmacht in autoritäre Gewisheit übersetzt. Ihre Attraktivität liegt gerade darin, dass sie Beteiligung verspricht, aber demokratische Aushandlung durch autoritäre Haltungen ersetzt. Die versprochene Ermächtigung endet in Entmündigung.¹⁷

15 vgl. Rottach et al. 2025: 6 f.; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 13, 233–236, 271; Calmbach et al. 2024: 304 f.; DJJ 2024a: 9, 12

16 vgl. Fußnote 15; Reinhardt, Friedrich & Mullis 2022: 10

17 vgl. Allroggen et al. 2020: 34–37; Keil 2020: 38, 40; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 72–75; Schauer 2023: 427, 429; Selk 2024: 88 f., 147

Einsame Jugendliche weisen häufiger antidemokratische Einstellungen auf: Es bestehen messbare Zusammenhänge zwischen Einsamkeit, autoritären Haltungen, Verschwörungsmentalität und der Billigung politischer Gewalt.

vgl. Neu, Kipper & Luhmann 2023: 62

Einsame Jugendliche, die sich als politisch selbstwirksam erleben, neigen eher zu populistischen Positionen.

vgl. Neu, Kipper & Luhmann 2023: 62

Das politische Interesse 16- bis 30-jähriger in Deutschland ist zwischen 2010 und 2023 (insbesondere zwischen 2010 und 2016 sowie ab 2018) gestiegen und liegt über dem europäischen Durchschnitt.

vgl. Rottach et al. 2025: 6

Junge Menschen sind politisch interessiert und engagiert

vgl. Rottach et al. 2025: 6 f.; DJJ 2024a: 9, 12; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 13, 233–237, 271; Reinhardt, Friedrich & Mullis 2022: 10, 19–21

> 50 % informieren sich aktiv zu politischen Themen

> 33 % ist politisches Engagement wichtig

Politisches Interesse ist nicht das Problem

vgl. Rottach et al. 2025: 6 f.; DJJ 2024a: 9, 12; Albert, Quenzel & de Moll 2024: 13, 233–237, 271; Reinhardt, Friedrich & Mullis 2022: 10, 19–21

Viele junge Menschen informieren sich politisch und halten Engagement für wichtig. Der Bruch entsteht dort, wo sie nicht erwarten, politisch etwas bewirken zu können. Besonders junge Frauen und Personen mit niedrigerer formaler Bildung fühlen sich seltener politisch wirksam. Politische Beteiligung scheidert deshalb häufig nicht an Desinteresse, sondern an fehlender Selbstwirksamkeitserwartung.



Warum der Wohnort mitentscheidet

Ob Beteiligung wirksam ist oder Zufall bleibt, entscheidet der Wohnort mit. Raum ist keine neutrale Kulisse. Er strukturiert Zugänge, Wege, soziale Netze und verfügbare Orte. In Städten gibt es oft mehr Beteiligungsangebote, mehr politische Organisationen sowie größere Vielfalt. Zugleich können Segregation, soziale Trennung und ungleiche Quartiere Beteiligung stark begrenzen. Im ländlichen Raum können starke soziale Bindungen und Überschaubarkeit Halt geben. Zugleich können soziale Kontrolle, geringe Angebotsdichte und schwache Mobilität Beteiligung erschweren.¹⁸

Ost und West, Stadt und Land sind deshalb keine einfachen Gegensätze. Entscheidend ist, wie historische Prägungen, kommunale Ressourcen, Abwanderung und soziale Lage zusammenwirken. In strukturschwachen Regionen kann der Mangel an jungen Menschen selbst zum Abbau der Infrastruktur führen, die für Beteiligung nötig wäre. In benachteiligten Großstadtquartieren ballen sich andere Hürden, geringe Ungleichheiten wirken deshalb nicht additiv, sondern oft multiplikativ.¹⁹

Räumliche Ungleichheit bedeutet jedoch nicht nur Mangel. Wo Angebote fehlen, können Freiräume entstehen, die Jugendliche selbst aneignen und gestalten. Nutzbar gemachter Leerstand kann Beteiligung nicht ersetzen, aber Selbstwirksamkeit fördern. So können selbst strukturschwache Wohnorte jungen Menschen Wirksamkeit, Zugehörigkeit und demokratische Erfahrung bieten.²⁰

Wo Jugendtreffs und soziale Orte schließen, sinken Teilhabechancen junger Menschen deutlich.

vgl. BMFSFJ 2024b: 123, 493, 504; Breitingner et al. 2025: 30–35

Abwanderung
dünnere soziale Netze und Infrastruktur

weniger soziale Orte und weniger Fachkräfte in der Kinder- und Jugendarbeit

schwächere Beteiligung

weitere Abwanderung

Der Teilhabeatlas Kinder und Jugendliche zeigt auf, wie die Teilhabemöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in den 400 Kreisen und kreisfreien Städten Deutschlands aussehen.

teilhabeatlas.org

In manchen ländlichen Regionen müssen Jugendliche über 40 Minuten zu Fuß gehen, um überhaupt den öffentlichen Nahverkehr zu erreichen.

vgl. Jugendteilhabeatlas 2025: 33 f.